

Der ewige Kampf ums Land

Land Grabbing ist auch in Vietnam ein Multifacetten-Problem

Staudämme, Fabriken, Landwirtschaft, Städtebau – alles ist mit Landverbrauch verknüpft und bedeutet Umnutzung natürlicher Flächen zum Zwecke der Gewinnmaximierung. Irgendjemand zieht seinen Nutzen und häufig sind kriminelle Energien mit im Spiel.

Susanne Wunsch & Eberhard Knappe

Die Sozialistische Republik Vietnam hat eine lange Geschichte des Kampfes und des Aufbaus. Kampf gegen die französischen und amerikanischen Besatzer, aber auch Kampf gegen die alten feudalen Eliten und ihre Traditionen. Im Norden wurde dieser Kampf mit den Methoden aus Stalins sozialistischem Baukasten geführt. Die Kommunistische Partei vertritt das Volk und lenkt Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Dabei führt sie den ideologischen Kampf gegen die Feinde des Volkes, zum Beispiel die Grundbesitzer, Kapitalisten, aber auch gegen die ideologischen Gegner, wie die Kirchen. Ein schon unter Stalin erprobtes Mittel war der Entzug der wirtschaftlichen Basis. Also Verstaatlichung der Produktionsmittel und des Grund und Bodens. Diese sozialistischen Grundsätze finden sich bis heute in der vietnamesischen Verfassung, sie gelten und sind durch die Politik kaum hinterfragbar. Der ehemalige Justizminister und Mitglied des Verfassungsentwurfsausschusses Nguyen Dinh Loc wird in der lokalen Presse mit dem Satz zitiert, dass niemand die Courage habe, über Privatisierung ernsthaft zu sprechen.

Nutzungsrechte für alle

Alles Land und auch die Gewässer der Sozialistischen Republik Vietnam gehören dem Staat. Als Folge der wirtschaftlichen Katastrophe in den 1980er Jahren dürfen seit 1993 Personen und Unternehmen »Landnutzungsrechte« erwerben. Diese Nutzungsrechte sind auf eine Zeit von 20 Jahren festgeschrieben. Das bedeutete in den meisten Fällen, dass die Bauern einen Teil des Bodens ihrer früheren landwirtschaftlichen Kooperativen in Eigenregie übernahmen und nach eigenem Gutdünken bewirtschafteten. Die übli-

che Praxis, nicht das Gesetz, sah vor, dass die lokalen Behörden, wenn sie Teile des Landes für öffentliche oder andere Nutzung zurückforderten, eine Entschädigung an die Bauern zahlen. Außerdem gingen die Bauern davon aus, dass sie nach Ablauf der 20-Jahresfrist weiterhin den Boden zu den gewohnten Preisen würden nutzen dürfen. Der Entzug von Nutzungsrechten war in den letzten Jahren ein dauerndes Streitthema mit hoher öffentlicher Resonanz und wurde mit heftigen Emotionen geführt. Dafür gab es eine Vielzahl von Gründen. Landwirtschaft ist eine langfristige Beschäftigung. Bodenverbesserung, Bau von Bewässerungssystemen oder Schutzdeichen und Landgewinnung an den Küsten rentieren sich nur über lange Zeiträume. Der frühere Minister für Naturressourcen und Umweltschutz Dang Hung Vo argumentierte in seiner Zeit als Minister, dass Landwirtschaft ein Langzeitgeschäft ist und 20 Jahre nicht genug seien, um den Bauern ein gesichertes und ausreichendes Einkommen zu ermöglichen. Der Minister plädierte für eine Verlängerung der Frist auf 99 Jahre oder eine gänzliche Abschaffung der zeitlichen Begrenzung.

Die Kultivierung, zum Beispiel von Obst-, Kautschuk- oder Kaffeepflanzungen ist ebenfalls langwierig und kostenintensiv. Die übliche Entschädigungspraxis reagierte bisher nicht auf die, durch die Arbeit der Bauern entstandene Wertverbesserung. Schlimmer noch, den Bauern und ihren Familien konnte kaum Land als Ersatz angeboten werden und die Entschädigungen reichten zum Kauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht aus. Sie verloren also oft ihre Existenz und Wohnung und behielten die Schulden aus den Investitionen, ohne Chance diese jemals zurückzahlen zu können.

Investitionsruinen und sinnlose Golfplätze

Vielfach wurden öffentliche Interessen als Grund für die Entziehung der Nutzungsrechte vorgeschoben, obgleich es sich tatsächlich nur um die Umverteilung von nun wertvollem Land an andere Nutzer handelte

Der Autor ist Politologe und freier Journalist zu Südostasien. Die Autorin ist Politologin und beschäftigt sich mit Vietnam sowie Frauen und Gesundheit.

und dabei die Familienmitglieder der örtlichen Kader profitierten. Viele Investitionsruinen, sinnlose Golfplätze und ungenutzte Gewerbeflächen sind so auf eingezogenem Ackerland entstanden. Die Auseinandersetzungen zwischen den Landbewohnern, Bauern, und örtlichen Behörden sowie Landentwicklern auf der anderen Seite, zählen jährlich an die Hundert Fälle, in denen meist die Behörden obsiegt haben und die entsprechenden Mitarbeiter reich geworden sind. Ab 1993 haben mehr als eine Million Familien Landnutzungsrechte erhalten. Für die Meisten entscheiden in den nächsten Monaten lokale Funktionäre über ihre zukünftige wirtschaftliche Existenz. Und diese Zukunft ist ungewiss, weil die Freisetzung vom Ackerland den wirtschaftlichen Ruin bedeutet.



Obwohl Vietnam in der Rangliste für die Freiheit der Presse den Rang 165 von 178 Staaten einnimmt, ging Anfang Januar 2012 eine Welle von Veröffentlichungen durch den Blätterwald und das Internet, mit denen wohl niemand gerechnet hätte. Das folgende Beispiel zeigt in krasser Form die Bedeutung dieser Landfragen für die jeweils Betroffenen und die ganze Gesellschaft, verdeutlicht es doch mit welcher Rigorosität die lokalen Behörden bei der Umsetzung ihrer Ziele vorgehen und wie wenig wichtig die Rechte und die Lebenschancen der Bauern für diese Kader sind.

Am Morgen des 5. Januar 2012 erschien eine größere Gruppe von Polizisten und Miliz auf dem Hof der Familie Doan Van Vuon im Tien Lang Distrikt am Stadtrand von Haiphong. Die Polizei sollte den Hof räumen und die Familie von ihrem Land vertreiben. Familie und Freunde warteten im Haus, allerdings waren sie bewaffnet und eröffneten das Feuer auf die vorrückende Polizei und zündeten einige im Gras versteckte selbstgebaute Explosivkörper. Sechs Beamte wurden verletzt, die Familienmitglieder wurden festgenommen und unter Mordanklage gestellt, das Haus wurde sofort abgerissen und damit wäre die Ordnung wieder hergestellt gewesen. Soweit die offizielle Lesart. Ob tatsächlich Menschen zu Schaden kamen, wird in unabhängigen Quellen bestritten. Aber auch wenn berücksichtigt wird, dass die Familie falsch gehandelt hat, kann man wie der frühere Präsident Vietnams Le Duc Anh zu der Einschätzung kommen, dass die Behörden auch falsch gehandelt hatten und ihm und seiner Familie eine Kompensation zahlen müssten. Diese Meinung druckte die Zeitung *Der Arbeiter* und stieß auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. In Haiphong demonstrierten katholische Christen und ihre Priester gegen die ungerechtfertigte Vertreibung von Bauern von ihrem Land und in Internet-Blogs äußerten sich Anwälte und Menschenrechtsaktivisten kritisch zum Vorgehen der Behörden. Diese wussten sich nicht anders zu helfen, als in den lokalen Medien einen Stopp der Berichterstattung zu erzwingen.

»Die größte Quelle der Korruption«

Die Landfrage ist aber von so großer Bedeutung, dass ausländische Diplomaten und Analysten darüber berichten, dass die Regierung in diesen Disputen eine potentielle Gefährdung der sozialen Stabilität in Vietnam sieht, vor allem wenn man von einer Verbindung mit der Rekordzahl von Arbeitsauseinandersetzungen und Streiks ausgeht. Der Politikberater der UN in Hanoi Jairo Acuna-Alfaro sagte: »Die Auseinandersetzungen über Landrechte sind heute die größte Quelle der Korruption in Vietnam«.

»Premierminister Nguyen Tan Dung wird in der nächsten Woche eine Konferenz zu diesem Fall mit den lokalen Kadern und verschiedenen Ministerien leiten, um das Vorgehen der örtlichen Behörden zu untersuchen und die richtigen Schritte aus dem Vorfall abzuleiten«, berichtete *Thanh Nien News* und stützte sich dabei auf einen Brief des Regierungsbüros. An der Frage der Landnutzungsrechte wird sich zeigen, ob die Kommunistische Partei die Kraft und den Willen hat, sich von korrupten Kadern zu trennen und, ob sie die Frage der Gleichheit, Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit für die Bauern ernst nimmt.